

MINIMA MORALIA

DER NÄCHSTEN GESELLSCHAFT

Skizze einer Charta des Gemeinwohls

VON CHRISTIAN SCHÜLE

Im Scheitelpunkt der globalen Fundamentalkrise, die nicht allein eine ökonomische, sondern vordringlich eine intellektuelle ist, wird offenbar, dass die Gesellschaften weder eine soziale Idee von sich besitzen noch dass es ethische Letztbegründungen gibt, auf die sie sich einigen könnten. Die kulturelle Ordnung, die uns die vergangenen zwanzig Jahre lang auferlegt hat, mit höchster Effizienz zum Erfolg zu hasten, Fortschritt als Verdichtung von Zeit und Raum in immer kürzeren Einheiten zu begreifen und in der Kurzfristigkeit die fraglos plausible Maxime eines gelingenden Lebens zu erkennen, ist gescheitert. Ihre Logik der permanenten Optimierung hat in einen nihilistischen, fast anarchistischen Exzess geführt, der uns in Gestalt der Weltwirtschaftskrise das Ende einer Epoche souffliert.

Jetzt, da die Regime der Optimierung und Entgrenzung implodiert sind, stehen die Gesellschaften ohne Narrativ, ohne Mythos, ohne Kraft und Zuversicht am Kraterrand des Abgrunds und suchen nach Gründen und Begründungen für die Dekadenz.

Es geht längst nicht mehr um sogenannte »Rettungspakete«, »Schutzschirme«, »Konjunkturprogramme« und die Erörterung, ob der Eingriff des Staates ein systemverfälschender sozialistischer Dirigismus sei. In der Morgenröte des anbrechenden horror vacui der ökonomischen, moralischen, politischen und intellektuellen Fundamentalkrise, geht es vielmehr um die neue Verhältnisbestimmung von Haben und Sein, Gleichheit und Gerechtigkeit, Sinn und Glück in einer pluralistischen Gesellschaft, in der jeder Wert die gleiche Wertigkeit besitzt, jede Norm auf gleiche Weise normt und es doch nicht tut. Es geht jetzt darum, Normen, die unserem Denken und Handeln zugrunde liegen sollen, neu zu synchronisieren.

Die gesamtgesellschaftliche Anstrengung der kommenden Jahre muss darin bestehen, eine Charta des Gemeinwohls zu verfassen: Minima Moralia der nächsten Gesellschaft als Skelett einer neuen sozialen Ethik, in deren Zentrum der Terminus »Gemeinwohl« steht. Minima Moralia ist jene kulturkritische Aphoris-

mensammlung des Philosophen THEODOR W. ADORNO aus dem Jahr 1951 überschrieben, die wiederum auf die Magna Moralia des Philosophen ARISTOTELES sich bezieht. Kenntnisreiche Leser werden sofort anmerken, dass der Begriff MINIMA MORALIA im Adornoschen Sinne gänzlich anders, nämlich als Phänomenologie des Verfalls zu verstehen ist, es hier aber in erster Linie um konstruktive Grundpositionen aus der Feder der nächsten Generation geht.

In der Vergangenheit wurde den Kindern der Postmoderne immer wieder vorgehalten, sie seien entpolitisiert, unpolitisch, nur am hedonistischen Genuss des Moments im Hier und jetzt interessiert. Als Vertreter dieser Generation nehmen wir postmodern sozialisierten Kinder der Jahrgänge 1970 bis 1980 diese Kritik, ob berechtigt oder unberechtigt, gerne an, und starten hiermit den Versuch, die ermattete Demokratie geistig zu unterfüttern, indem wir über ihre Grundlagen zu diskutieren beginnen. Jede Generation steht in der Pflicht, ein womöglich verbessertes, jedenfalls aber

»Jetzt, da die Regime der Optimierung und Entgrenzung implodiert sind, stehen die Gesellschaften ohne Narrativ, ohne Mythos, ohne Kraft und Zuversicht am Kraterrand des Abgrunds und suchen nach Gründen und Begründungen für die Dekadenz.«

ihr bewahrenswertes Gesellschaftsmodell anzubieten und allen Teilnehmern der Republik zur Diskussion zu stellen. Mit der programmatischen Skizze einer minimalmoralischen Weltbeschreibung wollen wir einen konstruktiven Diskurs etablieren und institutionalisieren, der sich unabhängig von Parteien, Verbänden und Interessengruppen der Wirtschaft dem nachhaltigen Nachdenken über die nächste Gesellschaft verschreibt.

Stehen wir nach 1949, 1969 und 1989 heute, 2009, abermals vor einem grundlegenden Einschnitt in das Gewebe der liberalen Demokratie? Inwieweit können die heute Dreißigjährigen durch ihre postmoderne Sozialisation die intellektuelle Basis der nächsten Gesellschaft schöpferisch prägen? Was können sie praktisch bewegen, und mit welchen Mitteln? Zur Grundsatzdebatte stehen Organisationsfiguren einer neuen sozialen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Ordnung. Ziel der gemeinsam forcierten Verständigung sollte eine aktive, fruchtbringende Debatte sowie der interdisziplinäre, ungehinderte Diskurs auf der Höhe der Gegenwart sein – ohne weltfremde Gespinste, ideologische Muster, akademische Sprachverwirrungen und parteipolitische Plattitüden.

Vier Themen stehen im Zentrum der Reflexion über die kulturelle Ordnung der nächsten Gesellschaft.

I. Öffentlicher Geist und res publica

Kulturelle Verantwortung für die politische, moralische und menschliche Katastrophe durch das Dritte Reich besteht darin, den liberalen Rechtsstaat zu unterstützen und all das zu verhindern, was die Menschenwürde des Einzelnen verletzt oder einschränkt. Deutschland soll sich vorgerichtet positiv definieren: als Staats- und Gesellschaftsordnung, die sich ihrer moralischen Herkunft bewusst ist, ihren Bezugspunkt aber als europäisches Mitglied der Weltgesellschaft findet. Eine Leitkultur soll es insofern geben, da der kultur-, ethnien- und religionenübergreifende Respekt vor dem Anderen und die Achtung der prinzipiellen Freiheit zwei Werte darstellen, die nicht ausschließlich deutsch, aber wesentlich für das Verständnis dessen sind, was deutsch sein soll. Hilfreich dafür ist die Verständigung in deutscher Sprache; wird der Geist der Buchstaben gewahrt, lässt sich ein derartiges Bekenntnis aber auch beispielsweise englisch oder türkisch ausdrücken. Wann der Geist gewahrt ist, entscheidet die Gesellschaft im Prozess ihrer politischen Selbstverständigung über Diskussion und Öffentlichkeit dieser Diskussion.

Die Bundesrepublik Deutschland als aus Sicht der nächsten Generation prinzipiell gelungenes Staats- und Gesellschaftsgebilde erfordert die aktive Teilnahme ihrer Bürger. Die grundsätzliche Bejahung des

bundesdeutschen Rechts- und Gesellschaftssystems kommt dem gleich, was man als patriotische Gesinnung bezeichnen könnte. Mit nationalem Pathos hat das wenig zu tun. Nur wer ein konstruktives Verhältnis zur Ordnung hat, in deren Koordinatensystem er sich bewegt, kann die *res publica* – die Sache, die uns alle angeht – im Namen des öffentlichen Geistes sozialverträglich mitgestalten und zu ihrer Verbesserung beitragen.

II. Die Neue Soziale Frage

Die ökonomische und politische Entwicklung der letzten zwanzig Jahre hat zu einer Neuen Sozialen Frage geführt. Sie lautet kurzum: Ist die Gesellschaft gespalten in jene, die Perspektiven haben und sie umsetzen können, und in andere, die keinerlei Perspektiven haben bzw. denen Perspektiven verwehrt sind? Gibt es eine Schicht der Ausgeschlossenen, denen der soziale Aufstieg unmöglich ist, und wenn ja, wie groß ist sie?

Je tiefer die Spaltung des sozialen Körpers geht, desto stärker ist der soziale Frieden – eine der größten und wichtigsten Errungenschaften der Bundesrepublik seit 1945 – gefährdet.

Die nächste Generation beharrt darauf, dass jeder Mensch den gleichen Wert hat, dass jeder Mensch aber auch für sich selbst verantwortlich ist. Wenn er diese Verantwortung nicht zu übernehmen in der Lage ist, kann er sich auf das Solidar-

»Die entscheidende Überlegung künftiger Politik ist deshalb: Wie lässt sich jenseits materieller Verteilung ein Verantwortungsgefühl für das Ganze, wie lässt sich ein Sozialsinn generieren und moderieren?«

prinzip der Gemeinschaft im Rahmen des Sozialstaats verlassen. Über die Akzeptanz der Gründe und Maßstäbe der Verhinderung muss sich die Gesellschaft diskursiv verständigen.

Gleichheit soll bedeuten, dass alle die gleichen Chancen haben, an der Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung teilzunehmen. Die nächste Generation erachtet es als existentiell wichtig, jedem Mitglied der Gesellschaft die Chance auf Freiheit und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Wo dies nicht geschieht, muss die Politik Korrekturen vornehmen oder Rahmenbedingungen beschließen.

Individuelle Freiheit ist das höchste Gut, das die Bundesrepublik zu gewähren hat; wir betrachten jeden Christen, jeden Juden, jeden Muslim und jeden Andersgläubigen in seinem gleichen Wert als potentiellen Träger dieser Freiheit. Seine oder ihre Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit des Anderen einschränkt. Jene Schichten, die als »Prekariat«, als Unterschicht, bezeichnet werden, müssen ebenso als legitimer Teil des Ganzen verstanden werden wie die jede Art einer Elite, sonst droht die unkontrollierbare Abspaltung, ihre Verselbständigung und ein vielleicht gewaltsamer Konflikt. Die entscheidende Überlegung künftiger Politik ist deshalb: Wie lässt sich jenseits materieller Verteilung ein Verantwortungsgefühl für das Ganze, wie lässt sich ein Sozialsinn generieren und moderieren?

III. Das ethische Fundament

Moralische Ideale haben es immer schwerer, gegen einen allgegenwärtigen Kosten-Nutzen-Pragmatismus anzukommen. Es gibt kaum noch ein Ideal, das heute allgemeingültig wäre und bindende Geltungskraft besäße. Das ist gut und schlecht zugleich. Gut, weil jeder Einzelne das positive, das heißt staatlich verbürgte Recht haben soll, selbst zu begründen, was ihm und der Ausübung seiner Freiheit am ehesten entspricht. Schlecht ist es, weil dadurch keinerlei Verbindlichkeit mehr möglich ist.

An vorderster Stelle einer künftigen Ethik soll deshalb erstens die Akzeptanz von Differenz und Pluralismus als historischer Tatsache stehen, zweitens der unhintergehbare Respekt vor der Autonomie und Würde der einzelnen Person – egal welchen Geschlechts, Alters, welcher Hautfarbe, Religion und sozialen Herkunft. Wesentlicher Teil des ethischen Fundaments der Bundesrepublik ist die Gleichrangigkeit der Geschlechter wie die Gleichrangigkeit der Konfessionen und die Gleichrangigkeit der Generationen. Gleichrangigkeit heißt Gleichwertigkeit. Unhintergebar ist nur der absolute Wert der körperlichen Unversehrtheit: Hat meine Handlung negative Nebenfolgen für einen anderen, ist sie ethisch nicht haltbar. Was seelische Unversehrtheit betrifft, muss gesondert nachgedacht werden.

Diese Form der individuellen Ethik bezieht die rein theoretische Überlegung mit ein, dass die Nebenfolgen unseres Handelns künftige Generationen in ihrer Freiheit einschränken könnten. Eine ökologisch verstandene Ethik schließt den Gedanken mit ein, dass auch die Natur als Lebewesen ein Träger von Freiheitsrechten ist. Wer braucht und verbraucht, muss dafür sorgen, dass Grundlagen wieder regeneriert werden können (der Begriff Nachhaltigkeit beinhaltet also die rechtliche Verpflichtung, Grund, Boden, Klima und so zu nutzen, dass sich diese nach Einschätzung der Wissenschaftler wieder regenerieren können). Grundlage jeder ethischen Verfassung muss die Verhinderung von Gewalt und dem Kreislauf der Rache um den sozialen Friedens willen sein.

IV. Der neue Begriff des Politischen

Politik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie die individuelle Freiheit respektiert und zugleich das Gemeinwohl fördert. Politik ist kein Gegensatz zu Markt und Freiheit, Politik ist ein Ordnungs- und Regelsystem, an dem, theoretisch gesprochen, jeder Bürger partizipieren kann und soll – in demokratischen Gesellschaften ist Politik nach wie vor die Selbstregierung der Menschen (Politikverdrossenheit entspringt der Enttäuschung von Hoffnungen auf teilnehmende Veränderung).

»Weil wir heute nichts dringender brauchen als den Diskurs über das, was öffentlicher Geist und *res publica* genannt werden kann, rufen wir die nächste Generation hiermit auf, eine Charta des Gemeinwohls zu erarbeiten, die zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages werden könnte.«

In Zukunft werden Programminhalte zunehmend ideologische Überschneidungen ersetzen. Die mit Lagerdenken operierende traditionelle Volksparteien-demokratie geht ihrem Ende zu, weil es die Fiktion »des Volks« nicht mehr gibt. Das Politische wird künftig viel stärker in Gruppen und Vereinen verhandelt und über spezifische Engagements ausgetragen. Orientierungsgrößen sind nicht mehr die traditionellen Milieus, sondern milieübergreifende Projekte wie »Familie«, »Zeitpolitik«, »Globalisierungskritik«. Der Wähler wählt nutzen-, nicht mehr bindungsorientiert. Das führt zur Zerfaserung einerseits, zur Kurzfristigkeit andererseits. Mehrheiten zu organisieren wird vor diesem Hintergrund immer schwieriger und stellt Regierende vor bislang ungekannte Aufgaben der Arithmetik.

Das Selbstverständnis eines Staates und einer Gesellschaft muss stets aufs Neue definiert und verhandelt werden. Gerade die Gesellschaften des 21. Jahrhunderts müssen sich einem permanenten Prozess der Neufindung unterziehen, so wie sich tradierte politische Kulturen stets einer Revision zu unterwerfen haben, um vital und im ethischen Sinne gut und gelingend die Würde und den Wert jedes einzelnen Bürgers zu wahren. Jene, die die Republik künftig in Griff wie Begriff nehmen, sind sich bewusst, dass wir, Bürger der Epoche von Entgrenzung

und Optimierung, ans Ende der Illusion infiniten Steigerbarkeit von Wachstum und Wohlstand gekommen sind; wir sind uns bewusst, dass Maßhalten und Augenmaß sowie eine kluge Moderation von Interessenkonflikten die politischen Tugenden der Zukunft sein werden, dass wir eine positive Identität mit unserem Gemeinwesen generieren und den sozialen Frieden durch permanente Verständigung über Toleranz und Offenheit und die Verpflichtung auf tragfähige Normen wahren müssen.

Weil wir heute nichts dringender brauchen als den Diskurs über das, was öffentlicher Geist und *res publica*, jene Sache, die uns alle angeht, genannt werden kann, rufen wir die nächste Generation hiermit auf, eine Charta des Gemeinwohls zu erarbeiten, die zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages werden könnte. Für den Beginn haben wir zwanzig Frauen und Männer zwischen 30 und 40 aus allen Bundesländern Deutschlands, aus voneinander unabhängigen Berufszweigen, mit unterschiedlichen Konfessionen und allerlei Lebensläufen zur Feder gebeten, um über das nächste Deutschland nachzudenken und eine ansatzweise repräsentative, vielleicht sogar verallgemeinerungsfähige Selbstbeschreibung der nächsten Generation zu liefern. Entstanden ist ein Buch, das in Hinblick auf den 60. Jahrestag der deutschen Verfassung im Mai 2009 als Forum zur Selbst-

klärung wie Selbsterklärung dienen und der Debatte wesentliche Anstöße geben könnte. Vier Positionen, je eine aus jedem Themenbereich, sind auf den folgenden Seiten vorabgedruckt.

CHRISTIAN SCHÜLE war Redakteur der Wochenzeitung *DIE ZEIT* und lebt jetzt als freier literarischer Autor, Essayist und Publizist in Hamburg. Im Piper Verlag sind 2006 die Bücher *Deutschlandvermessung* und *Türkeireise* erschienen.



Daniel Dettling/Christian Schüle (Hrsg.): *Minima Moralia der nächsten Gesellschaft – Standpunkte eines neuen Generationenvertrags*, VS Verlag, Wiesbaden. Erscheinungsdatum: Mai 2009; ISBN 978-3-531-16475-5

Uns interessiert Ihre Meinung!
Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: www.berlinpolis.de